

**I. Vorlage**

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status	Ergebnis
Finanz- und Verwaltungsausschuss	25.09.2013	öffentlich - Vorberatung	
Stadtrat	25.09.2013	öffentlich - Beschluss	

**KommunalBIT; Kostenverrechnung 2012, Jahresabschluss zum 31.12.2012**

Aktenzeichen / Geschäftszeichen

**Anlagen:**

2

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltungsratsmitglieder zu folgender Beschlussfassung im Verwaltungsrat des KommunalBIT:

1. Die Grundsätze zur verursachungsgerechten Kalkulation der Kosten der zu erbringenden Leistungen für 2012 werden anerkannt.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 wird festgestellt. Da weder Gewinn noch Verlust vorliegen, braucht über die Verwendung/Behandlung nicht entschieden werden.
3. Der Vorstand wird für das Geschäftsjahr 2012 entlastet.
4. Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dünkel.Schmalzing & Partner wird zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 von KommunalBIT gewählt. Die Prüfung hat sich auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinn von Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO (entsprechend § 53 Abs. 1 HGrG) zu erstrecken.

**Sachverhalt:**

Dem Verwaltungsrat obliegen gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 10 der KommunalBIT-Unternehmenssatzung die Entscheidungen über

- Grundsätze zur verursachungsgerechten Kalkulation der Kosten der zu erbringenden Leistungen,
- Feststellung des geprüften Jahresabschlusses, die Entlastung des Vorstands sowie die Bestellung des Abschlussprüfers.

Entsprechende Beschlüsse des Verwaltungsrats bedürfen gem. § 6 Abs. 2 der Unternehmenssatzung jedoch einer vorangehenden Weisung bzw. Ermächtigung durch den jeweiligen Stadtrat an die betreffenden Verwaltungsratsmitglieder.

**1. Kostenverrechnung 2012**

Die von KommunalBIT im Jahr 2012 angewandten Kalkulationsgrundsätze sind der Anlage 1 zu entnehmen. Im Kern wurde wie schon im Vorjahr das gesamte, bei KommunalBIT in 2012 angefallene Aufwandsvolumen (saldiert mit geringfügigen Erträgen) im Wege einer ausführlichen Betriebsabrechnung den 3 Städten zugeordnet. Dabei sind die 5 Produktarten (im Jahr 2012 wird der „Netzbetrieb“ erstmals separat gezeigt)

- Fachanwendungen,
- Arbeitsplatzsysteme,
- Telekommunikation,
- Kopierer/Multifunktionsgeräte sowie
- Netzbetrieb

gebildet worden. Lediglich bei der Stadt Erlangen kommt noch die Betreuung von deren Schul-IT hinzu.

Die Abrechnung der während des Jahres 2012 geleisteten Abschlagszahlungen ergibt unter Berücksichtigung der genannten Kostenverrechnung folgende Aufteilung auf die Städte:

	<b>Gesamt €</b>	<b>Erlangen €</b>	<b>Fürth €</b>	<b>Schwabach €</b>
Abschläge	11.078.784,00	5.414.041,00	4.161.779,00	1.502.964,00
Verrechnete (bilanzielle) Leistungen	-10.484.501,11	-5.028.799,55	-3.961.003,98	-1.494.697,58
<b>Überdeckung (+)/Unterdeckung (-)</b>	<b>+594.282,89</b>	<b>+385.241,45</b>	<b>+200.775,02</b>	<b>+8.266,42</b>

Die für die Stadt Fürth mit 4.161.779,00 € ausgewiesenen Abschläge entsprechen den Sollstellungen im Jahr 2012 auf der Hst. 01.0200.6750.0000 im Sonderbudget 10700. Insoweit ergibt sich für 2012 nun eine Überdeckung von 200.775,02 € gegenüber den im Wege der Nachkalkulation (vgl. oben) zugewiesenen Kosten. Durch eine entsprechende Rückerstattung von KommunalBIT kommt es zu einer analogen städtischen Haushaltsverbesserung im Jahr 2013.

Jedoch erläutert der Vorstand in seinem Lagebericht, dass die „Planunterschreitungen“ im Wesentlichen aus vermiedenen Ausgaben bei Fortbildungskosten und externen Dienstleistern resultieren sowie aus der korrigierten niedrigeren Nebenkostenabrechnung und aus der Verschiebung von geplanten Investitionen und anderen Maßnahmen auf die Zeit nach dem Berichtszeitraum.

**2. Jahresabschluss zum 31.12.2012**

Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dünkel.Schmalzing & Partner hat der Rechnungslegung 2012 von KommunalBIT den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht liegt – ergänzt um analysierende Vermerke des Beteiligungsmanagements – in den Sitzungen von FA/StR am 25.09.2013 zur Einsichtnahme für die Stadtratsmitglieder auf.

Auch die erweiterte Prüfung nach Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO (entsprechend § 53 Abs. 1 HGrG) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftlichen Verhältnisse ergab keine Beanstandungen. Der Abschlussprüfer regt – wie in seinem Vorjahresbericht – jedoch an, die zukünftige Preiskalkulation so auszurichten, dass

- KommunalBIT aus (s)einem Jahresgewinn Rücklagen zur Investitionsfinanzierung bilden kann und
- eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Beides ist so den §§ 10 Satz 1, 14 Abs. 1 KUV zu entnehmen. Jedoch empfiehlt das Beteiligungsmanagement hierbei zu berücksichtigen, dass KommunalBIT – als praktisch reiner „IT-Selbstversorgungsbetrieb“ der drei Städte – keinerlei Marktrisiken ausgesetzt ist. Diesen Standpunkt vertritt auch der Abschlussprüfer. Die zitierten Soll-Vorschriften der KUV gehen h.E. insoweit an der spezifischen (risikofreien) Situation von KommunalBIT vorbei. Würde man – anders als jetzt – KommunalBIT zukünftig Gewinne ermöglichen, müssten dies die drei Städte ihrerseits, d.h. über höhere IT-Preise refinanzieren. Davon rät das Beteiligungsmanagement ab,

zumal aus derartigen Gewinnen h.E. keinerlei strategische Impulse für KommunalBIT erwachsen würden.

Wirtschaftlich schließt KommunalBIT das Jahr 2012 mit einem – wiederum – ausgeglichenen bilanziellen Ergebnis ab, da auch die Kostenverrechnung 2012 (vgl. oben) so konzipiert war, dass weder ein Gewinn noch Verlust entsteht. Im Einzelnen wird auf die Anlage 2 (Bilanz plus Gewinn- und Verlustrechnung) verwiesen.

KommunalBIT tätigte im Jahr 2012 bilanzwirksame Investitionen von ca. 2,279 Mio. €; im Wirtschaftsplan waren hierfür 3,215 Mio. € veranschlagt worden. Die Kreditaufnahmen lagen im Jahr 2012 mit 500 Tsd. € ebenfalls deutlich unter dem Planansatz (1,200 Mio. €), was aufgrund der geringeren Investitionstätigkeit auch plausibel ist.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 kann nun festgestellt und der Vorstand für das Geschäftsjahr 2012 entlastet werden. Des Weiteren ist der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 zu wählen (vgl. Ziffern 2. bis 4. des Beschlussvorschlags).

Hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung weist der Vorstand in seinem Lagebericht u.a. auf Folgendes hin:

- „Das Geschäftsjahr 2013 und 2014 wird weiterhin von Investitionen in die Standardisierung und Konsolidierung der IT geprägt sein, allerdings rückt jetzt die fällige Umstellung auf Windows7 bzw. auf Office2010 als Standard-Office-Produkt in den Vordergrund. Bei dieser Umstellung müssen im Projektzeitraum bis Anfang 2015 alle Arbeitsplatzrechner „angefasst werden“, was einer Aufgabemehrung von ca. 30 % pro Jahr für die beteiligten Teams entspricht. Dabei wird dann auch die Standardisierung der PC-Arbeitsplätze über alle Städte hinweg konsequent durchgesetzt.“
- Rechnerische Einsparungen im Vergleich zu den Aufwendungen für das IT-Portfolio 2009 werden aber nicht sichtbar sein, da KommunalBIT gerade jetzt das Personal benötigt, um ohne bedeutsame externe Unterstützung auch die inzwischen aufgetretenen Aufgabemehrungen aus dem laufenden Betrieb und die der vorgenannten Umstellung bewältigen zu können. Das gilt in gewissem Maß ebenso für die Ergebnisse der sogenannten „Druckerkonsolidierung“, KommunalBIT wird hier mit einer gemeinsamen europaweiten Ausschreibung der Leistungen über alle Städte zwar Skaleneffekte generieren, die aber zulasten anderer Mehrungen „untergehen“. So führt zum Beispiel der im Lagebericht 2011 genannte erhöhte Plattenspeicherbedarf jetzt dann zu zusätzlichen Investitionen, die nicht vermeidbar und kaum kompensiert werden können, und die Zunahmen im Aufgabenbereich „mobile IT“ werden ebenfalls zu diesem Trend beitragen.“

Inwieweit (Gemein-)Kostensenkungen ggf. dennoch realisierbar bzw. mittelfristig anzustreben sind, wird sich u.a. aus der externen Organisations- und Kostenuntersuchung ergeben (vgl. die Rf. II-Beschlussvorlage vom 11.03.2013 zur FA/StR-Sitzung am 20.03.2013 im Kontext des KommunalBIT-Wirtschaftsplans 2013). Die diesbezüglichen Ergebnisse werden in Kürze erwartet.

**Finanzierung:**

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtkosten	€	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Veranschlagung im Haushalt					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:					

**Beteiligungen**

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Referat II**

Fürth, 17.09.2013

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Referentin bzw.  
des Referenten

Referat II Herr Wolf (-1025)
---------------------------------